



Pressemitteilung

Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien, Kanada

3. Juli 2009 – zur sofortigen Freigabe

Das Recht auf freie Meinungsäußerung während der Olympischen Winterspiele 2010 ist erheblich gefährdet

(VANCOUVER) – Das Recht auf freie Meinungsäußerung während der Olympischen Spiele sei erheblich gefährdet, teilte die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien (British Columbia Civil Liberties Association – BCCLA) mit. Die Universität von British Kolumbien hat ihren Studenten verboten, auf dem Campus Werbeplakate mit dem Aufdruck «Nähe Thunderbird Arena» in die Fenster ihrer Zimmer zu hängen. Das Organisationskomitee Vancouver 2010 (VANOC) verbietet darüber hinaus das Verteilen politischer Flugblätter und das Aufstellen von Schildern mit politischen Slogans beim Olympischen Fackellauf.

«Während des Auswahlverfahrens haben uns die Regierungen von Kanada, British Kolumbien und Vancouver zugesichert, dass sie die Ausübung unseres verfassungsrechtlich geschützten Rechts auf Meinungsfreiheit bei den Olympischen Spielen gewährleisten würden. Dabei haben sie uns jedoch verschwiegen, dass dies nur für die Sponsoren gelten sollte», sagte Robert Holmes, Chef der Bürgerrechtsvereinigung. «Es wird Zeit, dass wir die Maßnahmen der Regierung genauer unter die Lupe nehmen, wenn es sein muss gehen wir vor Gericht.»

In den neuen Mietverträgen für Studentenwohnheime auf dem Campus der Universität von British Kolumbien müssen sich Studenten neuerdings verpflichten, das Anbringen von Werbeplakaten zu unterlassen, die einen gewerblichen Zusammenhang mit den Olympischen Spielen aufweisen. Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien wird im September gemeinsam mit den Studenten versuchen, hier gegen vorzugehen. Schon bei den Kundgebungen gegen die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) hatten derartige Maßnahmen der Universität mehrfach zu Konfrontationen geführt.

Zu Beginn des Monats ließ Bob Mackin, Nachrichtenreporter von 24 Hours, der Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien eine Kopie von Dokumenten des Organisationskomitees Vancouver 2010 zukommen, worin das Verteilen politischer Pamphlete und das Aufstellen von Plakaten mit politischen Texten während des Olympischen Fackellaufs als «äußerst problematisch» beschrieben wird. Ein Brief der Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien an die Bürgermeister der dreißig größten Städte Kanadas mit der Bitte um Klarstellung blieb bisher unbeantwortet. Nur die Städte Richmond und Surrey äußerten sich zu dem Schreiben.

Richmond verweigerte sich jedoch zur Frage der Meinungsfreiheit Stellung zu beziehen. Surrey leitete die Angelegenheit an seine Rechtsabteilung weiter.

«Ein derartiges Schweigen seitens der kanadischen Regierung ist zutiefst beunruhigend und läßt vermuten, dass die Regierung ehr an Freikarten für die Olympischen Spiele als am Schutz der Meinungsfreiheit unserer Bürger interessiert ist», äußerte sich Holmes hierzu. «Das Vorgehen der politischen Führung ist skrupellos. Sie versucht unsere Grundrechte in einem Moment einzuschränken, in dem die gesamte internationale Bevölkerung auf Kanada blickt.»

Für weitere Informationen zu diesem Artikel wenden Sie sich bitte an:

Robert Holmes, Président, BCCLA, (604) 681-1310

David Eby, Executive Director, BCCLA, (778) 865-7997, david@bccla.org

Christopher Maughan, BCCLA, (604) 781-2779

Hintergrundinformationen

Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien musste feststellen, dass die Meinungsfreiheit ihrer Bürger im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen auf beunruhigende Art und Weise durch Maßnahmen des Organisationskomitees Vancouver 2010 und der Sicherheitseinheit Vancouver (Vancouver Integrated Security Unit - VISU) sowie durch Maßnahmen der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen eingeschränkt wird.

- Oktober 2008 – Verbot von Außenwerbung für Nicht-Sponsoren

Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien wirft dem Organisationskomitee Vancouver 2010 vor, die gesamten Werbeflächen im Umkreis von Vancouver aufgekauft zu haben, um diese sodann an Sponsoren weiterzuverkaufen und Nicht-Sponsoren den Zugang zu sämtlichen Werbeflächen zu versperren. Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien hat Klage wegen unlauteren Wettbewerbs erhoben, über die bislang noch nicht entschieden wurde.

- Januar 2009 – Die Stadt Vancouver will das Anbringen von Plakaten auf privaten Grundstücken mit einem Bußgeld von 10.000 Kanadischen Dollar pro Tag verbieten

Die Stadt Vancouver will das Verteilen von Flugblättern zu Werbezwecken verbieten, «illegal» auf Privatgrundstücken angebrachte Plakate entfernen lassen und für das Anbringen der Plakate ein Bußgeld von 10.000 Kanadischen Dollar (ca. 6.000 Euro) pro Tag erheben. Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien hat sich diesem Versuch der Einschränkung der Meinungsfreiheit mit einer Beschwerde beim Gemeinderat zur Wehr gesetzt.

- Februar 2009 – Die Sicherheitseinheit Vancouver überwacht das Rathaus und eine Buchhandlung in Victoria

Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien hat sich bei der Sicherheitseinheit Vancouver über das Verhalten derer Mitarbeiter beschwert. Mitarbeiter der Sicherheitseinheit Vancouver hatten sich unangekündigt im Rathaus aufgestellt, um Gespräche der Bürger über die Olympischen

Spiele verfolgen zu können. Die Mitarbeiter der Einheit begaben sich zudem in eine freie Buchhandlung und baten den Besitzer um Informationen über die Kritiker der Olympischen Spiele.

- Juni 2009 – Die Bürgermeister der kanadischen Städte weigern sich, die Ausübung der Gewährleistung der Meinungsfreiheit während des Fackellaufs schriftlich zu bestätigen

Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien wendet sich an die dreißig größten Städte Kanadas mit der Frage, ob sie die vom Organisationskomitee Vancouver 2010 aufgestellten Richtlinien befolgen werden, die das Verteilen politischer Flugblätter und das Anbringen von politischen Plakaten als «äußerst problematisch» beschreiben und davon abraten. Richmond und Surrey sind die einzigen Städte, welche die Anfrage erwidern. Richmond weigert sich jedoch, sich für die Meinungsfreiheit auszusprechen. Surrey weist darauf hin, dass es die Angelegenheit an seine Rechtsabteilung weiterleite.

- Juni 2009 – Die Polizeidirektion Vancouver fordert Demonstranten auf, sich bei ihr registrieren zu lassen

Die Polizeidirektion Vancouver fordert Demonstranten auf, sich bei der operativen Planungseinheit der Polizei registrieren zu lassen. Sollte die Polizeidirektion diese Maßnahme zwangsweise durchsetzen lassen, wäre dies allerdings verfassungswidrig. Die Polizeidirektion betont auch, dass Demonstranten zwar plakatieren und Flugblätter verteilen dürften, allerdings nur, wenn es dabei nicht zu Gewalt komme und Meinungen anderer unterdrückt würden.

- Juni 2009 – Die Universität von British Kolumbien verbietet Studenten das Anbringen von Werbeplakaten und begeht damit den gleichen Fehler wie schon bei den Protesten gegen die APEC

Die Bürgerrechtsvereinigung von British Kolumbien wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Universität von British Kolumbien Studenten verbieten will, Werbeplakate, die vom Olympiagelände aus sichtbar sind, in ihre Fenster zu hängen oder an den Außenwänden anzubringen.